

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitspalte im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag
4
Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Vertretung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 20 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 3. Febr. Am Samstag nachmittag fand unter Teilnahme sämtlicher Delegationen, einschließlich der inzwischen in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Abordnung der ukrainischen Rada, eine Vollsitzung statt, die zum Zwecke hatte, die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada endgültig zu klären. Die Vertreter der Ukrainer schlugen vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemanden abhängigen Staat formell anzuerkennen und damit endgültig sowohl deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation festzustellen. Was die besetzten Gebiete anbetrafte, so teilte der Exekutiv-Ausschuß ganz den Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten habe, und erklärte, daß das ukrainische Volk irgendwelche Uebereinkommen und Verträge mit der Kiewer Rada nicht anerkennen werde, und daß diese nicht zum Leben gelangen würden, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik anerkannt und gutgeheißen worden seien.

Herr Trotskij erklärte, daß in allen strittigen Fragen zwischen der Ukraine und Rußland eine vorübergehende Einigung notwendig sei.

Die Vertreter der Mittelmächte könnten hier natürlich nicht die Rolle eines Schiedsrichters über die jetzigen Verhältnisse in Rußland und in der Ukraine übernehmen. Solange die Delegation der Kiewer Rada ihre Vollmachten beibehalte, erhebe er keinen Einspruch gegen deren selbständige Teilnahme an den Verhandlungen. Er müsse aber jetzt, wo auch Vertreter des ukrainischen Exekutiv-Ausschusses in den Verband der russischen Delegation eingetreten seien, mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß nur derartige Abkommen mit der Kiewer Rada die Anerkennung finden könnten, die auch von Seiten der russischen Delegation anerkannt würden.

Der Vertreter der ukrainischen Delegation, Herr Lubynsky, wandte sich hierauf gegen die Versuche Trotskij's, daß die Regierungsgewalt in der Ukraine an die Soldatenräte übergehe und daß er sich von der ukrainischen Delegation lossagen wolle. „Ein weiterer Anlaß zur Einmischung in das innere Leben unserer Republik bildet die Forderung der Petersburger Volkschewik, Neuwahlen der Zentralrada zu veranstalten. Indem ich bei Seite lasse, daß eine solche Forderung eine offensichtliche Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes ist, ist diese Forderung auch deswegen unausführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick den Wählern das Recht geben, ihre Vertreter in der Rada abzurufen und sie durch andere zu ersetzen. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und zum Siege der darin organisierten Parteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Prozent gewählt worden sind. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe der Volkschewiken von etwa achtzig Mann von diesem Kongreß entflohen, ist nach Charkow übergesiedelt und hat sich als neue Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Volkskommisare haben dorthin unorganisierte Banden der Roten Garde entsandt, um die Bevölkerung des Gouvernements Charkow auszuplündern und die Charkower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charkow zu schützen. So ist die Charkower Regierung entstanden und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt! Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden kann. Auf die anderen Bemerkungen des Herrn Trotskij, die wörtlich oder nur zwischen den Zeilen erfolgt sind, habe ich nicht für nötig zu antworten. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinie stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns recht hat und wer die Schuld hat, wer Sozialist und wer Gegenrevolutionär ist, wer schafft oder wer Geschaffenes zerstört. Hierauf gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Graf Czernin folgende Erklärung im Namen der Delegation ab:

„Im Namen der Delegation der vier verbündeten Mächte beehre ich mich, zu der abgegebenen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes auszuführen: Wie bekannt, hat

der Vorsitzende der ukrainischen Delegation Staatsminister Holubownitsch in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, fußend auf dem zweiten Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917, ihre internationale Existenz wieder auf „und trete“ in vollem Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein. Mit Rücksicht hierauf hatte es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für ihr Recht, auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen.“ Hierauf habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben: „Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertreter der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an.“ Im Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar 1918 in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und aktiviert werden könnten, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland formell bestätigt seien, geben die Delegationen der vier verbündeten Mächte angesichts des eben dargelegten Standpunktes der Delegation des Kiewer Volksministers folgende Erklärung ab:

„Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr wieder veranlaßt, die ukrainische Republik schon jetzt als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständige internationale Abmachungen zu treffen.“

Herr Trotskij bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatslichkeit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die genauen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Bei den Friedensverhandlungen seien die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Reise Kühlmanns und Czernins nach Berlin.

Brest-Litowsk, 3. Febr. (W. B.) Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Auswärtigen Graf Czernin begaben sich heute nachmittag mit Begleitung zu einem kurzen Aufenthalt nach Berlin.

Großes Hauptquartier, 3. Februar.

(W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Front kam es am Nachmittage zwischen dem Houthouster Walde und der Yser zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuer-tätigkeit zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Am Oise-Meuse-Ronal ließen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Längs der Ailette, im Abschnitt von Reims, auf den Maas-Höhen und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ostufer der Maas und nördlich von Badonvillers einige Franzosen zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Wiener Generalstabsbericht vom 3. Febr.

Wien, 3. Febr. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hielt die lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Der Chef des Generalstabes.

Vor dem Ende des Streiks.

Berlin, 3. Febr. Die Zahl der Streikenden ist allmählich im Rückgang begriffen. In den mittleren und kleineren Betrieben in Groß-Berlin ist der Streik bereits am Samstag nachmittag beendet worden. Es wird damit gerechnet, daß auch in den Großbetrieben am Montag die Arbeiter wieder in den Werkstätten erscheinen werden. Auf Anordnung der Polizeibehörde ist gestern das Charlottenburger Volkshaus geschlossen worden. In diesem befanden sich ähnlich wie im Berliner Gewerkschaftshaus die Büros von Arbeiterorganisationen.

Die Anklage, gegen die sich der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dittmann vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten haben wird, lautet, dem „Vorwärts“ zufolge, auf verführten Landesverrat, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Uebertretung der Verordnung, wonach den Mitgliedern der Streikleitung jede Betätigung untersagt war. Dittmann ist auf frischer Tat verhaftet worden, so daß die Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung nicht erforderlich ist.

Gegen die weitere Betätigung von Mitgliedern der Streikleitung ist durch Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr angeordnet worden.

Die Besprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 2. Febr. (W. B. Amtlich.) Die Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann sind heute vormittag vom Reichskanzler Grafen v. Hertling zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Stellvertreter v. Payer, Staatssekretär Waltrau und der Minister des Innern Drows teilnahmen. Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmännern der streikenden Arbeitergruppen erlaubt werden möchte, in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streik geschaffene Lage zu beraten. Der Kanzler stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, gefehrvollige Handlungen gutzuheißen oder für ihre Fortführung einzutreten, nicht befürworten könne. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streikenden einen neuen Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln, würde dies die Lage nur weiter verschärfen, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten könne. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliege, daß die Besprechungen lediglich dahin wirken würden, den Streik zu beenden und alle allgemeinen politischen Wünsche der Arbeiter künftig auf dem gesetzmäßigen Wege über die Volksvertreter an die Regierung gelangen zu lassen, können diese den Vorschlag der Abgeordneten nicht erwägen.

Die erste Verurteilung.

Berlin, 2. Febr. (W. B.) Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin 3 zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Dreher Heinrich Schulze. Der Angeklagte verurteilt am 29. Januar vormittags am Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof verurteilte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen verführten Landesverrats auf vier Monate Zuchthaus, die in sechs Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

Weitere Nachrichten aus dem Reich.

Mainz, 2. Febr. Zu einer Demonstration für einen Verständigungsfrieden und für Freiheit im Innern gestalteten sich die von der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften veranstalteten Versammlungen. Die Ernährungsfrage fand ebenfalls eingehende Kritik. Eine Niederlegung der Arbeit erscheine nicht als der geeignete Weg, in der gegenwärtigen Situation Wandel zu schaffen. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften und Partei haben einstimmig beschlossen, der Mainzer Arbeiterschaft zu empfehlen, von einem Streik abzusehen. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, die wegen der Ernährungsfragen bei den maßgebenden Behörden vorstellig wird. Etwa 2000 Versammlungsbefucher begaben sich in geschlossenem Zug

nach der Stadt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Das Gouvernement hatte den Versammlungen und auch dem Zuge keinerlei Hindernisse bereitet.

Nürnberg, 3. Febr. Die Verwaltungsmitglieder und Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften sowie der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) in Nürnberg und Fürth erklären den gegenwärtigen Streik als nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegend. Die Arbeitseinstellung verlängere nur den Krieg anstatt ihn zu verkürzen und gäbe den Feinden neue Zuversicht.

München, 3. Febr. Seit heute arbeiten bei den Bayerischen Motorenwerken der größte Teil der Arbeiter, in den Kruppschen etwa 40 Prozent. Eine Versammlung, die am Sonntagvormittag auf der Theresienwiese stattfand, beschloß, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, die Forderungen der Arbeiter aber aufrecht zu erhalten. Eine zu bildende Kommission soll bei der Regierung u. a. auch für die Freilassung der verhafteten Streikführer und dafür eintreten, daß die am Streik beteiligten Arbeiter nicht gemahregelt werden. Die Versammlung schloß mit einem Demonstrationzug durch die Stadt, an dem etwa 1200 Arbeiter teilnahmen.

In Essen, Aöln, Breslau und Bremen wird heute die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in München und Mannheim wird heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Magdeburg, 3. Febr. Der Streik im Magdeburger Bezirk, der zeitweise 25 000 Arbeiter umfaßte, ist nach drei Tagen beendet. Die angedrohte Militarisierung der Rüstungsindustrie wurde zurückgenommen.

Gotha, 3. Febr. Das Generalkommando verfügte die Einziehung der militärpflichtigen, beurlaubten oder rekrutierten Streikenden, die am Montag die Arbeit nicht aufnehmen.

Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Wie nachträglich bekannt wird, hat es auch gestern an einzelnen Stellen Berlins Krawalle gegeben, an denen sich der großstädtische Pöbel, der ja bei solchen Gelegenheiten immer voran ist, in erster Linie beteiligte. So wurden an mehreren Haltestellen der Straßenbahn die Wagen gestürmt und beschädigt und das Wagenpersonal mißhandelt. Die Folge ist, daß der Straßenbahnverkehr nach Treptow eingestellt worden ist. Die Schutzmannschaft machte an mehreren Stellen von der Waffe Gebrauch. Insgesamt wurden 126 Personen verhaftet, die sich jetzt vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Triest, 2. Febr. (W. B.) Meldung des Wiener f. u. i. Korrespondenz-Bureaus. Die Werftarbeiter sowie die Arbeiter der großen Fabriken sind in den Ausstand getreten. Später schlossen sich auch andere Arbeiterkategorien, darunter die Seher an. Eine Arbeiterabordnung übermittelte dem Statthalter die Wünsche der Arbeiterschaft nämlich bezüglich des Friedens und der Verpflegung. Auf Grund der Antwort des Statthalters, der insbesondere auf die Erklärung des Grafen Czernin hinwies, beschloß eine Vertrauensmannerversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit, die heute erfolgt. Die Bewegung verlief in vollständiger Ruhe ohne Zwischenfall.

Die englische Presse.

Basel, 3. Febr. Mit Ausnahme vom „Manchester Guardian“, der offen seine Freude bekundet, zeigen die englischen Blätter vom 31. Januar, die bereits im vollen Besitz der Nachrichten über die deutschen Streiks sind, diesem Ereignis gegenüber große Zurückhaltung. Man sieht zwar einige Ueberschriften in fett gedruckten Buchstaben, aber in ihren redaktionellen Äußerungen urteilen die Blätter mit großer Vorsicht. Man hat den Eindruck, daß der englischen Presse die Streiks in Deutschland recht unangenehm sind. Denn erstens steht England einer schweren Arbeiterkrise gegenüber und fürchtet die Ansteckungsgefahr, zweitens ist man besorgt, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland den Pazifismus zumal in Amerika stärkt. Aus diesem Grunde ist zu erklären, wenn die „Times“ der Ansicht zuneigt, daß die Streiks in Deutschland Mache der Regierung seien. Das Northcliffeblatt meint, wenn die deutsche Regierung die Streiks wirklich fürchtete, würde sie kaum erlaubt haben, daß die disziplinierte deutsche Presse Nachrichten darüber hätte bringen dürfen.

Der Seekrieg.

Haag, 3. Febr. Hier traf eine von neutraler Seite stammende Nachricht ein, daß am 26. Dezember ein großes englisches Kriegsschiff, das von einigen Torpedojägern begleitet war, in der Nähe des Kriegshafens Firth of Forth auf eine Mine lief und sank.

Haag, 3. Febr. Reuter meldet aus London amtlich: Das bewaffnete britische Dampfschiff „Louvain“ wurde im östlichen Teil des Mitteländischen Meeres am 21. Januar torpediert und sank. 7 Offiziere und 217 Mann kamen ums Leben. (Frkf. Ztg.)

Eine Vergeltungsmaßregel.

Berlin, 3. Febr. (W. B. Amtlich.) Zu der in der deutschen Presse gemeldeten Verurteilung der englischen Fliegerleutnants Scholz und Woolen wird noch folgendes berichtet:

Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugblätter aufreizenden Inhalts hinter den deutschen Linien abgeworfen, um durch wörtliche und bildliche Schilderungen des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England unsere Truppen zum Ueberlaufen zu verführen. Da bereits in März 1916 zwei deutsche Offiziere von der Entente wegen des Abwurfes von Flugblättern vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt worden waren, ein Urteil, das später allerdings in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden ist, da ferner Frankreich

angekündigt hat, es würde deutsche Fliegeroffiziere, die Flugblätter hinter den französischen Linien abwürfen, bei Gefangennahme vor ein Kriegsgericht stellen, wurden als Vergeltungsmaßregel nunmehr die beiden englischen Flieger vor ein deutsches Militärgericht gestellt. Sie wurden des vollendeten Kriegsverrats für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kaiserliche Auszeichnung.

Berlin, 2. Febr. (W. B.) Zum Jahrestag des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat der Kaiser dem Chef des Admiralstabs v. Holthoff und dem Chef der Hochseestreitkräfte Admiral Scheer das Eichenlaub zum Orden Pour le merite verliehen.

Strenge Bestrafung des gewerksmäßigen Schleichhandels.

Aöln, 3. Febr. In der letzten Weiratsitzung des Kriegs-ernährungsamtes hat der Staatsanwalt Fall die Verhängung strenger Strafe — Gefängnis und im Wiederholungsfalle Zuchthaus — für gewerksmäßigen Schleichhandel in Aussicht gestellt. Wie der „Aöln. Ztg.“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist eine dahingehende Vorlage fertiggestellt, sie unterliegt gegenwärtig der Begutachtung der zuständigen Stellen. Voraussichtlich wird sie für diesen Monat bereits in Kraft treten.

Luxemburg.

Luxemburg, 2. Febr. Generaldirektor Haber teilte in der luxemburgischen Kammer mit, die deutsche Regierung habe gemäß dem bei Beginn des Krieges abgegebenen allgemeinen Versprechen die Verpflichtung übernommen, die für das Großherzogtum bis zur nächsten Ernte nötige Menge zu liefern und zwar dieselbe Menge wie in Deutschland, die größer ist als die luxemburgische. Als Entgelt für die Lieferung liefert Deutschland an Luxemburg die erforderliche Menge Saatgetreide und Saatgerste und gestattet die Durchfuhr holländischer Waren nach Luxemburg. Da Luxemburg durch großen Mangel an Brotgetreide bedroht war, wirkte diese Mitteilung erleichternd.

Ein nordischer Bund?

Aöln, 2. Febr. (W. B.) Die „Aölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom 1. Februar: Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, soll England die Bildung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Der Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England absolut feindlich gegenüber, da es hier in eine Bedrohung seiner Ein- und Ausfuhr von und nach Rußland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Bornehmen nach Beziehungen zu den estnischen und lettischen Kreisen angeknüpft, mit deren Hilfe dem deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegengewirkt werden soll. Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen steht auch das Bestreben, möglichst viel Grund und Boden in den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen.

Schweden und die Alandinseln.

Stockholm, 3. Febr. (W. B.) Meldung vom Svenska Telegrammbureau. Der König empfing gestern eine ausländische Abordnung, die eine von fast 8000 volljährigen Bewohnern der Inseln unterzeichnete, Wünsche auf Vereinigung Alands mit Schweden ausdrückende Adresse an den König und das Volk Schwedens überreichte. Der König erklärte, er sei glücklich, sie zu empfangen und ihre Gefühle für ihr altes Vaterland zu erfahren. Er drückte den Wunsch aus, es werde der schwedischen Regierung im Einverständnis mit einem freien, selbständigen Finnland gelingen, einen Ausweg zu finden, um die Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Bevölkerung Alands zu überwinden.

Die Affäre Caillaux.

Berlin, 3. Febr. (W. B.) Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt zu der Affäre Caillaux: „Außer den in der französischen Presse veröffentlichten Telegrammen der deutschen Missionsschefs in Amerika betreffend die Reise Caillaux fand, wie wir von zuständiger Seite erfahren, noch im Winter 1914/15 ein kurzer Telegrammwechsel zwischen der kaiserlichen Regierung und ihrem Vertreter in Rio de Janeiro statt, der sich ebenfalls mit der Reise Caillaux beschäftigt. Damals wurde der Gesandte in Rio de Janeiro beauftragt, über Caillaux' Tätigkeit in Südamerika zu berichten, über welche die französische Presse allerlei Andeutungen brachte, die eine für die deutschen Interessen unerwünschte Tätigkeit Caillaux' auf wirtschaftlichem Gebiete erwarten ließ. Zur Ueberwachung und eventuellen Bekämpfung derartiger Bestrebungen erbot und erhielt der Gesandte alsdann die Genehmigung zur Verwendung einer beschränkten Geldsumme. Es ist vorauszusehen, daß nach den bisher erfolgten Prinzipien des Depeschendienstes und seiner öffentlichen Verständigung auf die fraglichen Telegramme demnächst Entstellungen von Amerika oder Frankreich aus in die gegnerische Presse lanciert werden.“

Die Mobilmachung in Griechenland.

Haag, 3. Febr. Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London: Nach Berichten der „Times“ aus Athen ist die lange verzögerte Mobilmachung des griechischen Heeres im Gange. Eine königliche Verfügung beruft elf Jahrgänge aus den Geflüchteten der neuen Provinzen und sechs Jahrgänge aus dem alten Griechenland ein. Die Lage habe sich infolge von Lebensmittelforderungen durch die Alliierten verbessert.

Englands Heeresstärke.

Bei Begründung der neuen Heeresvorlage, welche die Heeresstärke durch Heraushebung des Dienstalters auf das 55. Lebensjahr um 450 000 Mann erhöht, gab der Regierungsvorsteher eine Uebersicht über die bisherigen Aufgebote. Danach zählte im August 1914 die Flotte nicht ganz 150 000 Köpfe. Das regelmäßige Heer, mit Reserve und Sonderreserve stellte sich bei der Mobilmachung auf 450 000 Mann. Die Landwehr (Territoriale) brachte etwa 250 000 dazu. Die Flotte ist bis zum Oktober 1917 auf 400 000, das Heer von jenen 700 000 auf 4 000 000 Mann angewachsen. Diese Zahlen stellen offenbar nur einen Teil der Wehrpflichtigen dar. Zwar sind unsere Verluste hinzuzurechnen; alles in allem gerechnet aber können wir sagen, was der „britische Völkervund“ (also das gesamte Reich) unter dem einen Titel: „Einstellung von Männern für die bewaffnete Macht der Krone“ geleistet hat, ist auf nicht weniger als 7,5 Millionen Mann zu veranschlagen. England hat davon 4 530 000 oder 60,4 v. H. gestellt, Schottland 620 000 oder 8,3, Wales 280 000 oder 3,7, Irland 170 000 oder 2,3, die Reichsgebiete und Kolonien 900 000 oder 12 v. H. Die noch übrige Million, aus kämpfenden Truppen, Arbeitsabteilungen, Trägern und dergleichen bestehend, stammt aus Indien und verschiedenen afrikanischen und anderen abhängigen Gebieten.

Der russische Staat als Privaterbe.

Wie die russische Pressekorrespondenz meldet, hat die Sowjetregierung einen Erlass ausgearbeitet, der das gesetzliche und testamentarische Erbsolgerecht aufhebt. Nach dem Erlass fällt das Vermögen dem neu einzurichtenden Staatsfonds für öffentliche Fürsorge zu.

Die amerikanische Gefahr für Japan.

Die jüngsten amerikanischen Ausfuhrverbote für Stahl und Gold, sowie auch das Einfuhrverbot Amerikas gegen alle ausländischen Waren treffen, wie man in London betont, in erster Linie Japan und die japanische Industrie. Noch ernster ist die Gefahr, die Japan in der planmäßigen und schnellen Steigerung der militärischen Wehrkraft Amerikas zu Lande und zur See droht. Die Zukunft wird ihm in dieser Hinsicht unangenehme Ueberraschungen bereiten, und die Probleme des äußersten Ostens werden nicht mit solcher Gemächlichkeit gelöst werden, wie man es bisher hoffte. Es erscheint Japan daher unerlässlich, auch sein Heer in einer Weise zu verstärken, die der Verstärkung der amerikanischen Armee entspricht, und deshalb hat es ein Militärprogramm aufgestellt, das keinen Zweifel über seinen Willen läßt, jedem Ereignis gegenüber in Bereitschaft zu sein. Diese Dinge zeigen deutlich, wie der amerikanisch-japanische Konfliktstoff sich unablässig anhäuft und wogegen Amerika in Wirklichkeit rüstet.

Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Nassau-Frankfurt.

Wiesbaden, 3. Febr. Der heutige Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Nassau-Frankfurt beschäftigte sich nach Berichten über die Lage in den nassauischen Wahlkreisen u. a. mit dem Verhältnis zur Sozialdemokratie. Geh. Justizrat Albert hielt es für die dringendste Aufgabe, daran mitzuwirken, daß die Arbeitermassen nicht den Radikalen zugeführt werden. Bei Beurteilung des Streiks sollte man sich nicht etwa hinreißen lassen, diejenigen zu unterstützen, die vom vaterländischen Standpunkt aus nun die Hege gegen die Sozialdemokratie aufnehmen wollen. Das Verhalten der Sozialdemokraten, besonders der Gewerkschaften, sei in dem Verlauf des Streiks sehr vernünftig gewesen. Wenn Abgeordnete wie Scheidemann und Ebert der Streikleitung beigetreten seien, so würden sie ihre schwerwiegenden Gründe gehabt haben. Man solle sie nicht verurteilen, da sie dabei viel Gutes schaffen könnten. Reichstagsabgeordneter Kopsch gab dem Reichskanzler darin recht, daß er die Streikführer abgewiesen habe. Es müßte im Reich eine Stelle sein, die gegen Anstürme nach russischer Vorbild fest bleibe. Mit dem Zentrum habe man im Kriege gut zusammenarbeiten können. Das werde für spätere Wahlen, besonders in Nassau, von Bedeutung sein, wenn auch die Zentrumspartei nicht mehr die alte Gefolgschaft zeige. Das Verhältnis zu den Nationalliberalen werde sich von Fall zu Fall regeln. Auf eine Anfrage konnte der Redner mitteilen, daß die Regierung selbst durchaus optimistisch sei in der Frage der baldigen Durchbringung der Wahlrechtsvorlage.

Nach längeren internen Verhandlungen wurde eine Entscheidung angenommen, nach der man nach wie vor auf dem Boden der Erklärung vom 19. Juli steht und in der Durchführung des schärfsten Kampfes gegen die Alldeutschen und die Vaterlandspartei das Gebot der Stunde sieht. Die Parteileitung wird aufgefordert, mit allem Nachdruck für eine bessere Lebensmittelverteilung, vor allem durch Bekämpfung des Schleichhandels, einzutreten und in der Neugestaltung unserer politischen Verhältnisse auf demokratischer Grundlage, vor allem in der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, die vornehmste Aufgabe der inneren Politik zu sehen. (Frkf. Ztg.)

Lokalnachrichten.

* Aölnstein, 3. Febr. Ein einziges großes Naturwunder bieten jetzt Feld und Wald in ihren märchenhaften Rauheitsbildungen. Ueberall von Baum und Strauch gliedert es und lodt den Menschen hinaus, um zu sehen und zu staunen in der unendlich schönen Märchenwelt des Winters. — Der gestrige Sonntag wurde trotz etwas scharfer Luft und in der Ebene dichten Nebels vielfach benutzt, um hinaus zu wandern in die Wunderwelt. Wer den Weg höher nahm, zum Feldberg oder Alfing hinan, wurde oben überrascht

durch einen lachenden blauen Himmel und helle Frühlings-
sonnenstrahlen. Einen wunderbaren Anblick bot das unten
in den Tälern wogende Reibemeer in blendendem Weiß,
golden von der Sonne überflutet. — Selten wird der
Wanderer so reich und oft erfreut durch die Pracht der
schönen freien Gottesnatur, als in den jetzigen Tagen der
Rauheisbildung.

* Nach der gestern ausgegebenen amtlichen Aus- und Frem-
denliste beträgt die Gesamtzahl der bis jetzt angekommenen
Fremden 231.

* **Erhöhung der Bierpreise.** Nach einer neuen Verord-
nung des Kriegsernährungsamts ist der Bierpreis um 3 M.
für den Hektoliter erhöht worden. Die Frankfurter Braue-
reien empfehlen ihrer Kundschaft, vom 1. Februar ab diese
Preiserhöhung in Anrechnung zu bringen. Eine ganze
Flasche Bier wird zwei, die halbe Flasche einen Pfennig
teurer. Zur Streckung der Vorräte, die durch die neuerliche
Herabsetzung der Gerstenlieferungen eine bedeutende Minde-
rung erfahren haben, wird empfohlen, in Zukunft nur noch
1/2 Liter-Gläser zum Ausschank zu bringen.

* **Hilfsdienstvorschriften für Arbeitgeber.** Nach § 12 der
Bundesratsverordnung ist jeder Arbeitgeber, der in seinem
Betriebe Hilfsdienstpflichtige beschäftigt, verpflichtet, die
Hilfsdienst-Vorschriften über den Stellen- und Wohnungs-
wechsel und über die Meldepflicht der Arbeiter und Ange-
stellten durch einen lesbaren Aushang an allgemein zu-
gänglicher Stelle in der Betriebsstätte dauernd bekanntzu-
geben.

* **Der Mangel an Waschmitteln.** Die Knappheit an
Waschmitteln, die in den letzten Monaten immer mehr zu-
genommen hat, wird dadurch hervorgerufen, daß die laufende
Erzeugung an calcinierter Soda in wachsendem Maße für
die Bedürfnisse der Heeresverwaltung in Anspruch genom-
men werden muß. Die Seifenindustrie ist für die Her-
stellung ihrer Erzeugnisse derart auf calcinierte Soda ange-
wiesen, daß trotz aller Bemühungen der Seifenherstellungs-
und Vertriebsgesellschaft, durch eine veränderte Erzeugung
des Seifenpulvers den Ausfall an Soda einigermaßen aus-
zugleichen, Waschmittel in genügender Menge nicht herge-
stellt werden konnten. Um zu vermeiden, daß einzelne auf
die in ihren Händen befindliche Seifenkarte überhaupt nichts
erhalten, mußte eine Herabsetzung der gegen die Karte zur
Abgabe kommenden Mengen an Seifenpulver angeordnet
werden. Es ist aber in Aussicht genommen, sobald wieder
reichliche Sodazuteilungen an die Seifenindustrie werden
erfolgen können, die Zuteilungsmengen an Seifenpulver
wieder auf die alte Höhe heraufzusetzen.

* **Zigarettenabak.** Durch eine neue Verordnung wird
die bei der Verarbeitung von Zigarettenrohstoff zugelassene
Höchstmenge noch weiter gekürzt. Sie soll für den Monat
nicht mehr einem Sechstel der in der Zeit vom 1. Juli bis
31. Dezember 1917 zum einfachen Kriegsauftrag herstell-
baren Zigarettenmengen, sondern einem Sechstel der um 15
Prozent gekürzten im zweiten Halbjahr 1917 hergestellten
Mengen entsprechen. Dem Arbeiter soll jedoch minde-
stens eine Menge von 550 Gramm Rohstoff auf 1000
Stück verbleiben.

* **Hornau, 3. Febr.** Dem Offiziersstellvertreter Bernh.
Bender, Sohn des Landwirts Heinrich Bender Sr., wurde
wegen hervorragender Tapferkeit das Eisene Kreuz 1. Klasse
verliehen.

* Für tapferes Verhalten vor dem Feinde erhielt der
Wehrmann Peter Niegemann, Sohn der Wwe. P. Nieg-
mann, das Eisene Kreuz 2. Klasse.

* **Neuenhain, 3. Febr.** Die Gemeindeförperschaften be-
schlossen von den im März üblichen Neuwahlen diesesmal
Abstand zu nehmen und infolge der Kriegsverhältnisse die
Wahl-Gültigkeitsdauer der sonst Auscheidenden um ein Jahr
zu verlängern. Man war bei dieser Beschlussfassung der
Ansicht, daß man den aus dem Felde heimkehrenden Bür-
gern Gelegenheit geben wolle, auch ihrerseits von dem ihnen
zustehenden Wahlrecht Gebrauch machen zu können.

* **Der Gemeinde-Wirtschaftsausschuss** hat in seiner vor-
gehenden Sitzung folgendes beschlossen, das auch in anderen
Gemeinden wohlüberlegt zur Einführung kommen könnte.
Vom 1. Februar ab sind diejenigen Pferdebesitzer, welche
ihrerseits von der Gemeinde reklamiert sind oder sich im hilfs-
dienstpflichtigen Alter noch befinden, verpflichtet, im allge-
meinen landwirtschaftlichen Interesse jeden von ihnen ver-
langten Fuhrdienst zu leisten. Der Wirtschaftsausschuss hat
hierfür folgende Höchstpreise festgesetzt: 1. Adern per Rute
10 S., mit Säen und Eggen 12 S.; 2. Dungfahren: Ein-
spannerfuhrer per Kilometer M. 1.50, Zweispännerfuhrer
M. 2.50, 3. Jauchefahren einschl. pumpten: Einspannerfuhrer
M. 1.50, Zweispännerfuhrer M. 2.00, 4. Heu- oder
Streuemfahren: Einspannerfuhrer M. 3.00, Zweispänner-
fuhrer M. 4.00 (hiesige Gemarkung), für auswärtige Gemark-
ungen erhöhen sich die Preise auf M. 5 und 7 M. 5. Holz-
fahren aus dem Staatswald, je nach Entfernung M. 10—12.
Vorstehende Sätze bleiben bis zu ihrer Wiederaufhebung
oder Abänderung durch den Wirtschaftsausschuss in Kraft, an
den auch Beschwerden vorzubringen sind.

Von nah und fern.

Ufingen, 2. Febr. Mit dem 1. Februar ging das seit
3 Jahren von privater Seite betriebene Elektrizitätswerk
in den Besitz der Stadt Ufingen über. Nach der zu er-
lassenden Installationsordnung ist die Ausführung von Neu-
anschläffen, sowie die Veränderung an Hausleitungen nun-
mehr freigestellt. Die diese Arbeiten übernehmenden In-
stallateure müssen sich jedoch den von dem Verwaltungsaus-
schuss festgestellten Bedingungen unterwerfen.

Höchst, 2. Febr. Einen tödlichen Schlaganfall erlitt ge-
stern morgen in dem Limburger Zug der in weiteren Rei-
sen bekannte hiesige Kaufmann Peter Seep, der sich auf

der Reise zu seinen Verwandten befand. Die Leiche des
Verstorbenen wurde auf der Station Niederrhausen ausge-
laden und seine hiesigen Angehörigen, die ihn am Ziel seiner
Reise wählten, telegraphisch benachrichtigt.

Frankfurt, 2. Febr. Auf dem Wege nach Nied wurde
nachts ein Fuhrwerk von vier Burken überfallen. Wäh-
rend zwei den Pferden in die Zügel fielen, suchten die bei-
den anderen den Wagen zu erklimmen. Hier erwehnte sich
jedoch der Fuhrmann mit der Peitsche in solch ausgiebiger
Weise der Angreifer, daß diese samt ihren Genossen in aller
Eile im Schutz der Nacht verschwanden.

Das Schöffengericht verurteilte den Friseur Karl
Walter wegen Hehlerei an gestohlenen Zuckerkarten, Höchst-
preisüberschreitung, unerlaubten Handels und Abgabe von
Zucker ohne Zuckerkarte zu 3 Monaten und 3 Tagen Ge-
fängnis.

Hanau, 1. Febr. Die städtische Nöstandskommission hat
beschlossen, die Streckung der Wurst mit Erdbohnen vor-
nehmen zu lassen.

We. Wiesbaden, 2. Febr. (Strafkammer.) Der Hilfs-
arbeiter Alois Johann Blah aus Bayern wurde eines Tages
von einem Manne in Dellenheim, bei dem er aushilfsweise
Beschäftigung gefunden hatte, zum Buttereinkauf nach
Castel geschickt. Dort eignete er sich ein Militärfahrrad an,
welches ohne Aufsicht auf der Straße stand, verkaufte es
für 36 M., ging dann nach Dellenheim zurück und entwendete
dort mittelst Einbruchs 189 M. Bargeld sowie Lebensmittel.
Der Mann hat noch zehn Monate Gefängnis zu verbüßen.
Zusätzlich zu dieser Strafe verhängte die Strafkammer noch
sechs Monate Gefängnis über ihn. — Der Schlosser Johann
Sums dahier, ein ehemaliger Fremdenlegionär, welcher nicht
weniger als 17 mal, u. a. mit Zuchthaus, vorbestraft ist, hat
sich neuerdings am Platze dreier schwerer Diebstähle schuldig
gemacht. Er war zeitweilig in zwei hiesigen Badefürdern
beschäftigt. Die Lokalkemmis, welche er sich dadurch erwor-
ben hatte, machte er sich zu nutze, indem er zunächst an der
einen Stelle den gesamten Personal, insgesamt 11 Personen
ihre Wäsche und Kleidungsstücke stahl um die Sachen gleich
hinterher nach Weisenau zu verkaufen. Sodann ließ er sich
eines Abends in dem andern Badehaus einschließen, um zu
nachschlafender Zeit aus den Kellern verschiedene Flaschen
Wein zu entwenden. Auch ein wertvolles silbernes Besteck
schleppte er weg, er mußte es jedoch später zurücklassen, weil
es ihm zum Mitnehmen zu schwer war. Ferner stahlte er
noch ein zweites Mal der andern Stätte seiner früheren
Wirksamkeit nachtlüchlicherweise seinen Besuch ab und hieb auch
dieses mal Waren von ziemlich erheblichem Werte mit sich
gehen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu zwei Jahren
sechs Monaten Zuchthaus als Gesamtstrafe.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. Febr. (W. B. Amtlich.) Der Sultan hat
10 000 Mark als Unterstützung der durch die Uebersehwem-
mungen in Kollage geratenen Armen nachgesandt.

Berlin, 4. Febr. Der langjährige Vorsitzende des deut-
schen Buchdruckerverbandes Emil Döblin ist nach längerem
Leiden gestorben.

Berlin, 4. Febr. Nachdem Aquith bereits seinen ersten
Sohn im Kriege verloren hat, ist jetzt auch, wie dem „Ber-
liner Tageblatt“ aus dem Haag berichtet wird, sein zweiter
Sohn so schwer verwundet worden, daß ihm sein Fuß ab-
genommen werden mußte. Aquith befindet sich in Frank-
reich.

Die russischen Geheim-Dokumente.

Berlin, 3. Febr. Unter den neuerlich veröffentlichten
russischen Geheimdokumenten ist von besonderem Interesse
ein von 1904 an den früheren Zaren von Rußland gerichtete
Aufzeichnung des damaligen Ministers der auswärtigen An-
gelegenheiten Grafen Densdorff, in der dieser der deutschen
Regierung das Bestreben unterstellt, die freundschaftlichen
Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu stören und
sich aus diesem Grunde sehr reserviert zu einer damals in
Frage stehenden engeren Annäherung zwischen Deutschland
und Rußland äußerte. Auf diese Aufzeichnung hat der
frühere Zar folgende Resolution gesetzt:

29. Oktober 1904. Nicht völlig einverstanden mit Ihnen.
Sie sehen aus meiner Antwort auf das Telegramm des
Deutschen Kaisers, daß ich gegenwärtig für eine derartige
Verständigung mit Deutschland und Frankreich kräftig wirke.
Dies wird Europa von der maßlosen Frechheit Englands
befreien und in Zukunft höchst nützlich sein.

Kleine Chronik.

Kassel, 1. Febr. Eine jugendliche Räuberbande drang
in die für den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ein-
gerichtete Villa ein und zerstörte die Einrichtung. Außer-
dem hatte sie in einer Kaserne, in einer Wäschanstalt und
in einem Lebensmittelgroßgeschäft eingebrochen und für et-
wa 17 000 Mark Beute gemacht. Gestern wurden vier An-
gehörige der Bande festgenommen. Der Anführer ist ein
gewisser Johannes Schneider; er entzog sich der Verhaftung
durch einen kühnen Sprung aus dem Fenster.

Röln, 2. Febr. In der Markthalle bot ein Soldat eine
Welle Butter von zwei Pfund für 28 Mark zum Kauf an.
Eine Hausfrau, die nicht über soviel Geld verfügte, wollte
nur die Hälfte nehmen, aber hierauf ließ sich der Soldat nicht
ein. Eine zweite Frau legte 14 Mark hinzu, um die Butter
zu teilen. Die Frauen erschraken aber nicht wenig, als bei
der Halbierung eine kräftige weiße Rube als Inhalt der
Butterwelle zum Vorschein kam. Der Verkäufer war unter-
dessen verschwunden.

Gelsenkirchen, 1. Febr. Wegen unhöflicher Behandlung
seiner Kunden wurde einem hiesigen Kaufmann der weitere
Gewerbebetrieb verboten.

Großes Hauptquartier, 4. Februar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich
namentlich in Flandern zwischen dem Southouster
Wald und der Lys, sowie beiderseits der Scarpe
gegen Abend steigerte.

Westlich von Belcourt scheiterte ein starker Erkun-
dungsvorstoß der Engländer. An der Milette nördlich
von Branc drangen die Franzosen vorübergehend in
unserer Postenstellung ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von
Bezonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den
beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und
2 Fesselballone zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Etich und Piave vielfach Artilleriekampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 3. Febr. (W. B. Amtlich.) Unterseebootserfolge
auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Bruttoregistertonnen.

Die Schiffe waren fast sämtlich tief geladen und wurden
zum größten Teil im Aermellkanal vernichtet. U. a. wurde
hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus
einem Geleitzug herausgeschossen. Namentlich festgestellt
konnte der englische Dampfer „Suasgrove“ (3063 Tonnen)
werden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Deutsch-österreichische Verhandlungen.

Berlin, 3. Febr. (W. B.) Zur Teilnahme an der Be-
ratung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem
gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Österreichs
Ungarns werden, wie wir erfahren, morgen Staatssekretär
v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Luden-
dorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in
Wien, Graf Wedel, wird zu Besprechungen in Berlin er-
wartet.

Zur Streikbewegung.

Berlin, 4. Febr. In der „Täglichen Rundschau“ heißt
es: Der Verlauf des Arbeiterausstands hat gezeigt, daß die
Meinung der Entente und des Herrn Trotski, daß Deutsch-
land für die Revolution reif sei, eine grundsätzliche war. Der
Streik ist von der weit überwiegenden Mehrheit der deut-
schen Arbeiterschaft abgelehnt worden. Es war ein Teilstreik,
kein Gesamtstreik.

Keine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 4. Febr. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt,
ist den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichs-
tages, die beim Präsidenten des Reichstages die sofortige
Einberufung des Hauses beantragt hatten, jetzt die Antwort
des Präsidenten zugegangen. Sie lautet dahin, daß die
Vorhänden aller übrigen Fraktionen des Hauses sich gegen
den Antrag ausgesprochen haben und daß der Präsident ihm
daher nicht Folge geben kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt laut
„Vorwärts“ heute nachmittags drei Uhr zu einer Sitzung zu-
sammen.

Das Ergebnis der Versailler Konferenz.

Gegen den Frieden.

Basel, 4. Febr. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Eine Pariser
Havasdepesche veröffentlicht die Ergebnisse des Obersten
Kriegsrates der Entente, der in der Zeit vom 30. Januar
bis 2. Februar unter dem Vorsitz von Clemenceau sieben
Vollversammlungen in Versailles abgehalten hat. Es wa-
ren anwesend: für die Vereinigten Staaten die Generale
Bligh, Pershing; für Frankreich Clemenceau, Pichon, die
Generale Foch, Petain und Wengand, für England Lloyd
George, Lord Milner, General Robertson, Feldmarschall
Haig und General Wilson; für Italien Orlando, Sonnino,
die Generale Alfieri und Cadorna.

Der Oberste Kriegsrat prüfte sorgfältig die jüngsten Er-
klärungen des deutschen Reichsanzlers und des österreichisch-
ungarischen Ministers des Aeußeren. Er vermochte in diesen
Erklärungen keinerlei Annäherung an die von sämtlichen Re-
gierungen der Alliierten formulierten maßvollen Beding-
ungen zu erkennen. Den Eindruck, den der Kontrast zwischen
den angeblich idealen Zielen, zu deren Verwirklichung die
Mittelmächte die Verhandlungen von Brest-Litowsk eröffnet
haben, und ihr nun offen zu Tage liegendes Streben nach
Raub und Eroberung hervorruft, ist nur geeignet, diese
Ueberzeugung zu befestigen. Unter diesen Umständen er-
achtet es der Oberste Kriegsrat als seine unmittelbare Pflicht,
die Fortdauer des Krieges mit äußerster Energie und durch
die strengste und wirksamste Vereinheitlichung der militäri-
schen Arbeit der Alliierten sicherzustellen.

Der Magistrat: Jacobs.

Der Magistrat. **Jacobs.**

Der Magistrat. Jacobs.

Der Magistrat. Jacobs.

Bezirksfürsorgestelle Königstein im Taunus.
Der Leiter: Jacobs.

Die Polizeiverwaltung: Jacobs.

Die Buchdruckerei ist mit den besten Maschinen, sowie mit modernem Schrift-Material ausgestattet.

Herausgeber und Verlag
Ph. Kleinböhl, Königstein i.T.

Der Wagführer: Jacobs.

Evangel. Kirchenhalle: Idam.

Der Bürgermeister: Bender.

Schneidhain i. T., den 4. Februar 1918.

Wird veröffentlicht.
Kellheim im Taunus, den 29. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung: Bremer.